



Zwischen mehr Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmensrealität

EUROCHAMBRES: Die Kluft zwischen den EU-Bemühungen um steigende Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischem Geschäftsalltag wird immer größer

VON VLADIMÍR DLOUHÝ
UND MICHL EBNER

BRÜSSEL. Am 16. September wird Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre jährliche Rede zur Lage der Europäischen Union halten. Für Unternehmen in ganz Europa, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), stellt sich dabei nicht die Frage, ob die Wettbewerbsfähigkeit in ihrer Rede eine Rolle spielen wird. Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob die Unternehmen die Auswirkungen dieser politischen Ankündigungen auch in der Praxis spüren werden.

Bereits 2024, am Beginn der fünfjährigen Legislaturperiode, hatte Eurochambres gefordert, „sich wieder stärker den Unternehmen zuzuwenden“. Positiv aufgenommen wurde auch der Draghi-Bericht zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, der die politische Agenda maßgeblich prägen sollte. Die EU-Staats- und Regierungschefs erkannten die Belastung durch eine übermäßige Regulierung, die Notwendigkeit einer Vereinfachung der Vorschriften, die Bedeutung erschwinglicher Energie, von Kompetenzen und Investitionen sowie die zentrale Rolle des Binnenmarktes an.

Diese Verpflichtungen waren zweifellos zu begrüßen. Doch während wir uns der Halbzeit der EU-Legislaturperiode 2024–2029 nähern, wird die Kluft zwischen den europäischen Bemühungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und dem, was viele Unternehmen in ihrem Geschäftsalltag tatsächlich erleben, immer größer.

Ein Teil dieser Entwicklung ist auf Faktoren zurückzuführen, die außerhalb der Kontrolle der EU liegen – allen voran das turbulente geopolitische Umfeld. Gleichzeitig gelingt es der EU jedoch nicht ausreichend, jene Faktoren zu steuern, auf die sie Einfluss nehmen kann und die dazu beitragen könnten, die Auswirkungen dieser externen Entwicklungen auf unsere Unternehmens-



Um nicht den Anschluss zu anderen Weltmächten zu verlieren, will die EU die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Shutterstock/shutterstock

landschaft abzufedern und Unternehmen in die Lage zu versetzen, zu konkurrieren, zu innovieren und zu wachsen.

Besonders stark betroffen sind die KMU. Wie größere Unternehmen bemühen auch sie sich um Digitalisierung und Dekarbonisierung, stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, investieren in deren Aus- und Weiterbildung, finanzieren ihr Wachstum und konkurrieren auf den globalen Märkten – allerdings mit deutlich geringeren Margen und weniger verfügbaren Ressourcen. Jede zusätzliche Berichtspflicht, jede voneinander abweichende nationale Vorgabe und jede nicht ausreichend koordinierte Regulierung kostet Zeit und Kapital, die andernfalls in Innovation, Produktivität und Beschäftigung investiert werden könnten.

Die Kluft zeigt sich auch im Binnenmarkt und im internationalen Handelsumfeld. Europas Wettbewerbsfähigkeit hängt vom Erreichen einer ausreichenden Skalierung und offener Märkte ab. Dennoch sehen sich noch immer zu viele Unternehmen innerhalb der EU mit 27 unterschiedlichen Auslegungen, Verfahren und Anwendungspraktiken konfrontiert. Gleichzeitig müssen sie mit zunehmend ungünstigen und unberechenbaren Bedingungen im globalen Handel um-

gehen. Die Folge sind größere Unsicherheit, doppelte Verwaltungsaufwände und eine zunehmende Zurückhaltung, über die eigenen Landesgrenzen und über die EU hinaus zu expandieren.

Eine weitere und zunehmend wichtige Sorge betrifft die fragmentierte und unkoordinierte Art und Weise, wie grundsätzlich begrüßenswerte politische Ziele teilweise verfolgt werden. Die neuen EU-Vorschriften zur Entgelttransparenz sind dafür ein Beispiel. Das Ziel, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu gewährleisten, ist unverhandelbar. Kleinunternehmen können diese neuen Vorschriften jedoch nicht umsetzen, ohne mit zusätzlicher Komplexität und dem Risiko einer Verletzung der Privatsphäre ihrer Beschäftigten konfrontiert zu sein. Auf breiterer Ebene führen kostspielige neue Anforderungen, mit denen alle auf dem EU-Markt in Verkehr gebrachten Verpackungen wirtschaftlich tragfähig recycelbar gemacht werden sollen, für viele KMU dazu, dass grenzüberschreitender Handel untragbar teuer wird. Damit werden die Ziele des Binnenmarktes zusätzlich untergraben.

Die Unternehmen unterstützen die Ziele der EU – eine umweltfreundlichere Wirtschaft,

fairere Märkte, sichere Lieferketten, eine führende Rolle bei der Digitalisierung und höhere Standards. Gleichzeitig sind sie frustriert darüber, wie diese Ziele umgesetzt werden. Zu häufig führen sie zu schwer umsetzbaren Vorgaben für die Einhaltung von Vorschriften und zu zusätzlichen Berichtspflichten. Die Einbindung der Unternehmen darf kein nachträglicher Verfahrensschritt und keine reine Formalität sein. Sie muss dazu dienen, die Umsetzbarkeit, Verhältnismäßigkeit, administrativen Kosten und Auswirkungen von Maßnahmen zu prüfen. Und diejenigen, die die Gesetzgebung letztlich umsetzen müssen, müssen von Anfang an einbezogen werden. Wenn Unternehmerinnen und Unternehmer Europa eher als Quelle von Komplexität, denn als Quelle von Chancen wahrnehmen, schwindet das Vertrauen. Wenn Vereinfachungsbemühungen gleichzeitig mit neuen Belastungen einhergehen, wächst die Frustration. Und wenn die EU-Politik als etwas wahrgenommen wird, das fernab der praktischen Erfahrung und losgelöst von der Realität entwickelt wird, finden Populismus und Europaskepsis einen fruchtbaren Boden.

Die Rede zur Lage der Europäischen Union bietet die Chance, diese Entwicklung umzukeh-

ren, während wir uns der Halbzeit der Legislaturperiode 2024–2029 nähern. Europa braucht nicht weniger Ehrgeiz, sondern eine bessere Umsetzung. Wettbewerbsfähigkeit muss zu einem Leitprinzip in allen politischen und gesetzgeberischen Vorhaben werden und darf kein bloßes Schlagwort bleiben. Der Binnenmarkt muss vor Fragmentierung geschützt werden und darf nicht nur grundsätzlich hochgehalten und in den Schlussfolgerungen des Rates erwähnt werden. Und die Einbindung der Unternehmen muss als wesentlicher Bestandteil einer evidenzbasierten Politikgestaltung verstanden werden – nicht als Forderung nach Sonderbehandlung oder als Bedrohung der Transparenz.

Wenn Europa seine Ziele von Wohlstand, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit wirklich ernst nimmt, muss es die Lücke zwischen seinen Ankündigungen und der Realität der Unternehmen schließen. Für Unternehmen ist Wettbewerbsfähigkeit keine abstrakte Debatte. Sie entscheidet darüber, ob neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt oder Investitionen aufgeschoben werden, ob Unternehmen wachsen oder auf den lokalen Markt beschränkt bleiben – und letztlich sogar darüber, ob

ein Unternehmen seine Tätigkeit fortführt oder schließen muss.

Die Aufgabe der EU besteht darin, ihre Zusagen konkret umzusetzen: durch einfachere Regeln, einen wirksameren Vollzug, eine stärkere Integration und eine Politik, die Unternehmen stärkt, anstatt sie auszubremsen. Die Handelskammern appellieren an Kommissionspräsidentin von der Leyen und die führenden europäischen Entscheidungsträger, die Lücke zwischen ihren Zusagen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und deren tatsächlicher Umsetzung ernst zu nehmen. Andernfalls wird die europäische Wirtschaft gegenüber ihren globalen Wettbewerbern weiter an Boden verlieren.

© Alle Rechte vorbehalten



AUTOREN

Vladimír Dlouhý und Michl Ebner



Vladimír Dlouhý (rechts im Bild) ist Präsident von Eurochambres und war Präsident der tschechischen Wirtschaftskammer. Während seiner achtjährigen Regierungszeit spielte er eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Transformation der Tschechischen Republik. Bis 1992 war er Wirtschaftsminister der Tschechoslowakei und anschließend Minister für Industrie und Handel der Tschechischen Republik.

Michl Ebner (links) ist Vizepräsident von Eurochambres und Präsident der Handelskammer Bozen. Nach seiner Tätigkeit als Journalist war er Politiker und Verleger. Von 1979 bis 1994 war er Mitglied der Abgeordnetenversammlung des italienischen Parlaments. Anschließend war er drei Legislaturperioden lang bis Juli 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. ©



„Wenn Europa seine Ziele von Wohlstand, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit wirklich ernst nimmt, muss es die Lücke zwischen seinen Ankündigungen und der Realität der Unternehmen schließen.“

Eurochambres-Präsident Vladimír Dlouhý und Vizepräsident Michl Ebner